

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Birgit Stöver, Prof. Dr. Götz Wiese,
Andreas Grutzeck, Silke Seif (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/7394

Betr.: Drohendes Aus des Masterstudienganges Kriminologie verhindern

Dem Masterstudiengang Internationale Kriminologie der Universität Hamburg (UHH) droht das Aus. Nachdem bereits letztes Jahr der drohende Kahlschlag der Informatik an der UHH für Schlagzeilen sorgte, trifft es nun eine weitere Fachrichtung.

Es sollen zum Wintersemester 2022/2023 keine neuen Studentinnen und Studenten im Masterstudiengang Internationale Kriminologie zugelassen werden und dies, obwohl der Studiengang stark nachgefragt wird und einen ausgezeichneten Ruf genießt. So hält die Gesellschaft für interdisziplinäre wissenschaftliche Kriminologie (GiwK e.V.) in ihrer Stellungnahme fest: „Die Einstellung dieses Studienganges bedeutet eine Zäsur, da mit ihr ein zentraler Baustein der Institutionalisierung einer sozialwissenschaftlichen Kriminologie wegfällt. Der Studiengang ist sehr nachgefragt, forschungsstark, international verankert und widmet sich auf innovative Weise gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen“ (<https://criminologia.de/2022/02/stellungnahme-der-giwk-e-v-zur-geplanten-abschaffung-des-studiengangs-internationale-kriminologie-an-der-universitaet-hamburg/>).

Ursächlich für die Einstellung des Studienganges sollen fehlende Ressourcen sein. Zwei hauptamtlich Lehrende scheiden altersbedingt aus und es gebe perspektivisch keine ausreichenden Lehrkapazitäten. Das Budget für Neueinstellungen sei anderweitig verplant worden (vergleiche <https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article234397637/uni-hamburg-master-kriminologie-vor-dem-aus-geld-fuer-lehre-fehlt.html>). Das drohende Aus des Masterstudienganges Kriminologie der Universität Hamburg ist ein weiteres Negativbeispiel für die Unterfinanzierung der Hamburger Hochschulen. So soll es in diesem Studiengang, wie auch in anderen Studiengängen von Hamburger Hochschulen, seit Langem zu wenig Personal und Ressourcen geben. Da helfen auch die von Rot-Grün ins Feld geführten sogenannten Hamburger Zukunftsverträge nichts.

Die CDU-Fraktion setzt sich daher grundsätzlich für eine verbesserte Grundfinanzierung der Hochschulen ein. Dies beinhaltet insbesondere den vollständigen Ausgleich der Mehrkosten durch Tarifabschlüsse für die Hochschulen und den Inflationsausgleich. Neben dieser grundsätzlichen Weichenstellung sollte der rot-grüne Senat die Gespräche mit der Universität Hamburg suchen und sich für den Erhalt des Masterstudienganges Kriminologie einsetzen. Sollten hierfür zusätzliche finanzielle Mittel benötigt werden, gilt es, diese seitens des Senates bereitzustellen. Rot-Grün kann auf Dauer nicht zulassen, dass an Hamburgs Hochschulen und somit an den klugen Köpfen gespart wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. gemeinsam mit der Universität Hamburg einen Plan zu erarbeiten, wie der Masterstudiengang Internationale Kriminologie für das Wintersemester 2022/2023 und zukünftig erhalten werden kann;
2. hierfür die zusätzlichen finanziellen Mittel bereitzustellen;
3. insgesamt die Grundfinanzierung der Hochschulen und Universitäten zu verbessern und hierbei insbesondere vorzusehen, dass den Hochschulen und Universitäten Mehrkosten durch Tarifabschlüsse vollständig und zeitnah ausgeglichen werden;
4. der Bürgerschaft bis zum 30. Juni 2022 zu berichten.